

Pressemitteilung

ZIA-Präsidentin Iris Schöberl zur EU-Initiative bei der Zinsschranke:

„Ein starkes Signal für bessere Rahmenbedingungen und mehr Marktvertrauen“

Berlin, 24.6.2026 – Der Zentrale Immobilien Ausschuss (ZIA) begrüßt den heute von der Europäischen Kommission vorgelegten Gesetzesvorschlag für einen „Omnibus on Taxation“ ausdrücklich. Dass das drängende Thema der investitionshemmenden Zinsschranke nun auf europäischer Ebene angekommen ist, ist ein entscheidender Schritt zur Verbesserung der investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen und setzt ein wichtiges, positives Signal für den gesamten Markt.

Ziel der europäischen Initiative ist es, das Unternehmenssteuerrecht in Europa spürbar zu entlasten, bürokratische Doppelstrukturen im Zusammenspiel mit anderen Steuerregelwerken abzubauen und unverhältnismäßige Compliance-Kosten drastisch zu reduzieren.

„Warum durch die Zinsschrankenregelung anfallenden Zinsaufwendungen für Bankdarlehen steuerlich nicht vollständig abzugsfähig sein sollten, war nie wirklich nachvollziehbar, jedoch in Zeiten niedriger Zinsen auch weniger relevant. Vor dem Hintergrund des aktuellen Zinsumfeldes ist es jedoch ein wichtiges Signal, dass die Europäische Kommission die Notwendigkeit von Anpassungen bei der Zinsschranke aufgegriffen hat. Der Entwurf enthält zentrale Positionen der Immobilienwirtschaft, die dazu beitragen können, den anhaltenden Investitionsstau schrittweise aufzulösen und die Marktstimmung wieder zu stabilisieren“, erklärt Iris Schöberl, Präsidentin des ZIA.

Da im direkten Unternehmenssteuerrecht die Verabschiedung im Rat der EU das Einstimmigkeitsprinzip erfordert, fordert der ZIA ein entschlossenes Agieren der Politik. „Die Bundesregierung muss das Momentum in Brüssel nun nutzen und im Rat für eine schnelle, investitionsfreundliche Umsetzung sorgen. Wer Wohnraum schaffen und die Rahmenbedingungen verbessern will, muss steuerliche Hürden abbauen – das gilt in Brüssel wie in Berlin“, betont Schöberl.

Über den ZIA

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter mehr als 30 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene mit Präsenz in Brüssel – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsidentin des Verbandes ist Iris Schöberl.

Kontakt

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

Sandra Kühberger

Leipziger Platz 9

10117 Berlin

Tel.: 030 / 20 21 585 – 0

E-Mail: sandra.kuehberger@zia-deutschland.de Internet: www.zia-deutschland.de